

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Säch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Altkath.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der 47. Woche vom 17. November bis 23. November 1923 1,20 Mark, unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 125 Milliarden M. Einzelnummer 120 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 291. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 20 mm breite Normalzeile 30 Pf., die 90 mm breite Restzeile 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 269

Dresden, Montag den 19. November 1923

34. Jahrg.

Endkampf im Westen

Als die französischen und belgischen Militärs im Januar dieses Jahres ins Ruhrgebiet einmarchierten, ergingen aus dem Reich in das neu besetzte Gebiet endlose Rufe der Treue, die in allen Kreisen des Ruhrgebietes Aufnahme fanden und mit Gegenversicherungen belehrt wurden. Aber schon nach wenigen Wochen des Widerstandes zeigte sich, daß für die maßgebenden Berliner Stellen sowie für Handel und Industrie im besetzten Gebiet diese Treue kein Hindernis war. Die Arbeitererschaft hat sich heute der gelobten Treue in aller Konsequenz bewußt gelassen. Das Treuegelöbniß der Reichsregierungen wäre nur als solches zu werten gewesen, wenn sie es auch verstanden hätten, praktisch ihre Treue durch die Tat zu beweisen. Aber weder sie noch Handel und Industrie haben das getan, was sie gemeinsam verpflichtet gewesen wären. Die einen forderten keine weitgehenden Opfer des Festes, während die andern selbstverständlich nicht bereit waren, diese Opfer freiwillig zu bringen. So mußte der passive Widerstand in seiner Wirkung ebenso verloren gehen, wie der tragische Ausgang des Krieges dank dem mangelnden Rationalgefühl und der fehlenden Opferfähigkeit der besetzten Schichten und der Kurzsichtigkeit der kaiserlichen Regierungen nicht zu verhindern war. Innerhalb wäre selbst nach dem Abbruch des passiven Widerstandes noch manches zu retten gewesen, wenn nicht innerpolitische Rücksichten die Außenpolitik Stresemanns bestimmt hätten, wenn jene Politik getrieben worden wäre, die dem Treuegelöbniß auch praktischen Wert gegeben hätte. Darauf hat man verzichtet und ebnete so jenen Vorkriegsbedingungen im Rheinland den Weg, die sich heute überall aus politischen, d. h. prinzipiellpolitischen Gründen breitmachen und die eifrige Förderung des Herrn Tirard in Koblenz erfahren.

Durch die nach dem Verzicht auf den passiven Widerstand erfolgten Unterlassungsmaßnahmen des Reichskanzlers Stresemann als Außenminister war die Bevölkerung des Ruhrgebietes gezwungen, selbständige Verhandlungen zur Wiederherstellung produktiver Verhältnisse zu führen. Einzig und einzig konnten mit Herrn Tirard verhandelt und dadurch wurde eine geschlossene deutsche Aktion zur Rettung des Rheinlandes von vornherein verhindert. Die französischen Unterhändler haben es verstanden, die deutschen Einzelaktionen für die Ziele der Politik Voicarcés geschickt auszunutzen. Sie verhielten sich auf Befehl von Paris einen schnellen Wschluß der Verhandlungen mit der Absicht, dadurch die deutsche Widerstandskraft mehr und mehr zu lähmen und schließlich die Reichsregierung außerstande zu setzen, weiterhin die Unterhändler für die Erwerbssachen und Sozialrentner zu zahlen. Bezeichnenderweise gab und gibt es innerhalb der Regierung Stresemann heute noch Kräfte, die durch ihre sonderbare Auffassung über die Behandlung der besetzten Gebiete diese Bestrebungen gefördert haben. Statt die letzten Anstrengungen zur Rettung des Ruhrgebietes durch steuerpolitische Maßnahmen, die zweifellos möglich gewesen wären und noch möglich sind, zu machen, geben sie schließlich dem Druck der französischen Politik nach, indem vor der ganzen Welt eingestanden wurde, daß Deutschland nicht länger in der Lage ist, die Unterhändler für die besetzten Gebiete zu zahlen. Die Unterbrechung der Verhandlungen in Düsseldorf ist nicht zuletzt auf dieses Eingeständnis zurückzuführen, wie auch die französischen Bestrebungen auf Wiedereinführung der Militärkontrolle in Deutschland sowie die Absichten Frankreichs, die Rückkehr des Kronprinzgen zum Anlaß weiterer Maßnahmen zu nehmen, nur im Zusammenhang mit dem Ziel zur Verwirklichung eines autonomen Staates im Westen Deutschlands zu betrachten sind. Die Bemerkungspolitik von Eubem mit militärischen Mitteln und ihre spätere Ergänzung durch jene kulturwidrige wirtschaftliche Obstruktion wird neuerdings durch allgemeine politische Denkmäße verklärt. Damit ist die letzte Etappe auf dem Wege zur endgültigen Gestaltung eines autonomen Rheinlandes erreicht.

Die Verhandlungen des Fünfzählerausschusses, die am Sonnabend in Berlin wieder aufgenommen und am Montag fortgesetzt werden können deshalb unter den obwaltenden Umständen nur den Sinn haben, der mit allen Mitteln verfochtenen Politik Voicarcés nach Möglichkeit den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber wie die Verhältnisse heute liegen, betrachten wir selbst die jetzt beabsichtigte Aktion gegen die französische Politik in den besetzten Gebieten als in ihrer Wirkung verfehlt, weil Frankreich die deutsche Schwäche offenkundig geworden ist und stark genug sein dürfte, sie in jeder Beziehung zu seinen Gunsten auszunutzen. Durch die unbedachte Verfügung, aus finanziellen Gründen die Zahlungen für das Ruhrgebiet einstellen zu müssen, hat die Regierung die von einzelnen Ministern seit Monaten verfolgte verderbliche Politik gefördert, aber gleichzeitig auch Voicarcés den Fingerzeig gegeben, alle Gegenmaßnahmen, ob sie aus der Anstrengung selbst stammen oder von wem sie auch kommen mögen, auf kurz oder lang zu durchkreuzen. Welchen Gang aber auch die Entwicklung nehmen mag, solange die Reichsregierung im übrigen Deutschland Unterhändler an die Erwerbssachen und Sozialrentner zahlt und ungeheure Summen für die Länderregierungen erwirbt, so lange ist es ihre Pflicht und Schuldigkeit, auch für das Ruhrgebiet und Rheinland zu sorgen. Denn noch sind die Bewohner der besetzten Gebiete deutsche Staatsangehörige und wir hoffen, daß sie sich selbst, wenn die Zeit kommen sollte, in der sich die von der Sozialdemokratie mit aller Energie bekämpfte Reichspolitik zum Schaden Deutschlands auswirkt, als autonome Rhein-

länder" dennoch im Sinne einer wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands handeln werden.

Der Plan eines Zweckverbandes

Die Reichsregierung gibt bekannt: Das Reichskabinett hat beschlossen, eine Regelung zu treffen, die dem besetzten Gebiet gewisse Vollmachten zur Durchführung der wirtschaftlichen Formen gibt. Es soll unter den von der Regierung betroffenen Landesstellen ein Zweckverband auf der Grundlage einer erweiterten Selbstverwaltung gebildet werden, der von sich aus alle notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen während der Zeit der Okkupation treffen kann. Damit bleibe der Zusammenhang mit dem Reiche und den Ländern gewahrt, während dem besetzten Gebiet andererseits jede Bestimmung in allen wirtschaftlichen Fragen gelassen werde. Der Fünfzählerausschuss wird am Montag darüber beschließen.

Eine Schlacht mit den Separatisten

Königswinter, 17. November. Der angekündigte Sturm der Separatisten auf die Siebengebirgs-Osteile geht mit einem Vorstoß auf Konnex eingeleitet worden. Selbstschutzorganisationen stellen sich den Vandalen entgegen, wobei es zu blutigen Gefechten kam. In der Gegend von Königswinter ist es zu einer förmlichen Schlacht gekommen. 14 Sonderkämpfer wurden dabei getötet. Die Besatzung hatte zwei Schwerverletzte, von denen einer inagewissen gestorben ist. Die Sonderkämpfer haben sich in die Nähe des Kelberges zurückgezogen.

Die Schritte der Entente

Amtliche englische Aufklärung

London, 17. November. Amtlich wird gemeldet: Die Völkerkonferenz tritt in Paris zu einer neuen Sitzung zusammen, um ihre Diskussion über die Rückkehr des Kronprinzgen nach Deutschland und über die Weigerung Deutschlands, die Sicherheit der internationalen Militärkontrollkommission während ihrer Inspektionsarbeit zu gewährleisten, wieder aufzunehmen.

Seit dem Beginn der Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien sind die Arbeiten der Kommissionen soweit wie möglich für alle Verbündeten nur von englischen und italienischen Offizieren ausgeführt worden. Frankreich hat seine Verbündeten ersucht, wegen der Weigerung der deutschen Regierung, die Sicherheit der alliierten Offiziere nach der vollen Wiedereinnahme der Kontrolltätigkeit zu garantieren, neue Strafmaßnahmen zu verfügen. Während die englische Regierung durchaus anerkennt, daß die deutsche Zentralregierung nicht überall Herr im ganzen Reiche ist und die Notwendigkeit zugeht, diese Tatsache mit in Rechnung zu stellen, so ist doch kein Grund vorhanden, zu denken, die englische Ansicht über die letztendliche Bedeutung der Militärkontrolle in Deutschland habe sich irgendwie geändert oder gar abgeschwächt. Obwohl die englische Regierung anerkennt, daß Deutschland durch verschiedene Ursachen in einen besagten inneren Zustand ge-

trieben worden ist, hält sie trotzdem selbst im gegenwärtigen Augenblick irgendeine Form von Kontrolle für durchaus angebracht, und die volle Kontrolltätigkeit muß nach englischer Ansicht sobald wie möglich wieder aufgenommen werden. Der Bericht, daß die deutschen Militärs ihre Aktivität vermindern werden, wußt immer mehr, während die Rückkehr der englischen Regierung etwas geändert, wonach die Rückkehr des Kronprinzgen nach Deutschland als außerordentlich wichtig betrachtet und Deutschland die Verantwortung für alle daraus entstehenden Folgen übertragen werden muß.

Auch die Nachrichten, nach denen die englische Regierung mit Bezug auf die Rückkehr des deutschen Kronprinzgen nicht dieselbe brautische Politik einschlagen will, wie die französische, berechtigen nicht zu der Auffassung, als habe sich an der Ansicht der englischen Regierung etwas geändert, wonach die Rückkehr des Kronprinzgen nach Deutschland als außerordentlich wichtig betrachtet und Deutschland die Verantwortung für alle daraus entstehenden Folgen übertragen werden muß.

Keine Verständigung über die Maßnahmen

Paris, 18. November. Um eine Verständigung über die zu ergreifenden Schritte gegen Deutschland zu ermöglichen, hatte England ersucht, die Sitzung auf Montag zu verschieben. Der Kampf meldet aber, daß die Völkerkonferenz ihre Beratung über die Frage der Rückkehr des Kronprinzgen und der militärischen Lebenshaltung ohne Angabe eines Termines verschoben hat, weil eine Verständigung unter den Verbündeten bisher nicht zu erzielen war. England wolle nur Protestation, während Frankreich auf Sanktionen, neuen Forderungen ufm. beharre. Andre Mitteilungen behaupten, wenn England neue Strafmaßnahmen ablehne, werde sie Frankreich allein ausführen — als erstes die Besetzung Straßburgs.

Italien geht mit England

Rom, 17. November. Ministerpräsident Mussolini erklärte im Senat, die italienische Regierung würde eine weitere Besetzung deutschen Gebietes nicht billigen können. Man müsse den Mut haben, zu sagen, daß das deutsche Volk noch am Leben sei; 61 Millionen Einwohner befänden sich auf dem Gebiete Deutschlands und weitere Millionen in Oesterreich und andern Ländern. Man könne und dürfe nicht daran denken, dieses Volk zu vernichten. Die Richtlinien der italienischen Regierung sind:

1. Verabschiedung der deutschen Schuld auf eine vernünftige Ziffer und infolgedessen entsprechende Herabsetzung der interalliierten Schulden;
 2. ein genügend langes Moratorium für Deutschland außer für die Reparationen in natura;
 3. Ergreifung von Sanktionen und Garantien (die deutsche Regierung ist, fügt Mussolini hinzu, geneigt, sie zu geben);
 4. Abnennung des Ruhrgebietes nach Erlangung der Sanktionen und Garantien;
 5. keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, aber moralische und politische Unterstützung einer Regierung, die die Ordnung im Reiche wiederherstellt und Deutschland zur finanziellen Gesundung führt;
 6. keine Veränderung territorialer Art.
- In den Fragen der militärischen Kontrolle und der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzgen sind Italien und England einig. Die Forderung nach Auslieferung des Kronprinzgen sei irrig. Die italienischen Vorschläge entsprechen der Gerechtigkeit.

Neue Münchner Butschpläne

SPD. München, 17. November. (Fig. Drahtm.) In den letzten Tagen mehren sich wieder die Gerüchte, die von einer neuen Aktion der Träger des Butsches vom 8. November wissen wollen. Das ist aber nicht sehr wahrscheinlich, da die bekannten militärischen und politischen Führer des Kampfbundes, soweit sie nicht geflohen sind, sich in Haft befinden. Dazu gehört seit Freitag auch der im Ministerium nahe stehende als Justizminister amtierende Dr. Roth, der vor einigen Wochen aus der Weimarer Weimarer Partei ausgestiegen ist und sich offiziell Hitler angeschlossen hat. Doch er beim Butsch des 8. November nicht mit in der ersten Linie stand, ist auf den am selben Tage erfolgten Tod seines Vaters zurückzuführen. Da aber Dr. Roth, der in seinem bürgerlichen Leben die Vorzüge eines unbefähigten Ministerialrates genießt, sehr eng und aktiv mit den Butschplänen verbunden ist, wurde er aus seinem Versteck heraus in Haft genommen. Seine Butschpläne wurden bereits im September ausgearbeitet und sollten zuerst am 28. September verwirklicht werden. Das geht aus den beschlagnahmten Papieren des Kampfbundes hervor, die untergeschrieben sind von: eigenhändigen Kommandeur der Diktatruppen, dem Hauptmann Wühring. Am 28. September, morgens 4 Uhr, sollte das Gebäude des Wehrkreis-Kommandos, das ehemalige bayerische Kriegsministerium, vom Kampfbund besetzt werden; damit sollte der Anstoß zur Diktatur gegeben sein. Damals wurde der Anstoß verteilt durch die Einsetzung Rades zum Generalstaatskommissar am 28. September.

Eine neue Aktion der unzufriedenen noch verstreuten Hitlerorganisationen ist auch deshalb unwahrscheinlich, weil die noch vorhandenen Führer zweiten Ranges aus ihren Schlußwinkeln heraus ihre Anhängerschaft dahin zu beeinflussen versuchen, daß sich durch die Ereignisse vom 8. November die berühmte bayerische Sendung als leeres Geschwätz erweisen habe und Bayern für das schwarzweirrote Deutschland erkläre sei. Der Versuch Ehrhards, den führerlosen Kampfbund in seine Weimarerorganisation einzugliedern, ist bis jetzt erfolglos geblieben; der ehrgeliebte Kavallerie-Leutnant wird in München in weichen Kreisen abgelehnt, auch vom sogenannten völkischen Reichsbund des berühmten Oberst von Emlander.

Die Nordorganisation als Notpolizei?!

Eine Erklärung der Brigade Ehrhardt

In der Nr. 502 der Berliner Deutschen Zeitung vom 14. November findet sich folgende T.-U.-Mitteilung aus München vom 14. d. M.:

Die Brigade Ehrhardt, Befehlsstelle Koburg teilt mit:

Von gewisser Seite werden zu den Vorgängen in München irreführende Mitteilungen in die Presse lanciert, um einen Keil zwischen Ehrhardt-Brigade und die andern völkischen Verbände zu treiben, um dann um so sicherer die völkische Bewegung zu vernichten. Es ist unmaß, daß die Brigade gegen Hitler Front gemacht habe und an der Niederämpfung der Nationalsozialisten Anteil habe. Die Brigade hat sich im Gegenteil ganz energisch gegen ein Vorgehen mit Waffengewalt gegen die Nationalsozialisten bei Nacht eingesetzt und bewirkt, daß nach dem ersten unglücklichen Zusammenstoß weiteres Blutvergießen vermieden wurde. Die Brigade hat seit ihrem Bestehen sich stets für die Verwirklichung des völkischen Lebens eingesetzt und sieht auch jetzt ihre wichtigste Aufgabe darin, alle Völkischen zu sammeln, um rücksichtslos den Kampf gegen Nazismus und Weimarer Verfassung durchzuführen. Nur in der Befreiung von Judentum und Börse liegt das Heil unsres deutschen Volkes.

Aus dieser Erklärung in einem publizistischen Sprachrohr der illegalen rechtsradikalen Kampfbünde wird un- widerleglich bewiesen, daß die Brigade Ehrhardt alias Organisation Consul tatsächlich in Koburg und Umgebung zusammengezogen worden ist. Die von verschiedenen Seiten, namentlich auch von militärischen Stellen in Zweifel gezogenen, ja dementierten Nachrichten über den Aufmarsch dieser berüchtigten und gemeingefährlichen Körperschaft in der Koburger Gegend werden durch die offizielle Erklärung der Befehlsstelle Koburg der Brigade Ehrhardt nunmehr voll gerechtfertigt! Gewisse Dienststellen des Reiches scheinen demnach durch bayerische Abteilungen schwer getäuscht worden zu sein, wenn sie wie auch das Stuttgarter Wehrfrei-Kommando V zu der irrigen Annahme kamen, an der bayerisch-thüringischen Grenze hände nur bayerische Landespolizei, verklärt um ein Aufgebot von circa 2000 Mann Hilfspolizei aus der ortswässigen bayerischen Bevölkerung. Oder ist die Brigade Ehrhardt (Organisation C), gegen die seit dem bekannten Weimermorden an hervorragenden deutschen Staatsmännern (Ehrberger und Rathenau) und andern völkischen Nordverführern ein immer noch nicht zum Austrag gekommenes Verfahren vor Reichsgericht und Staatsgerichtshof schwelt, etwa auch in die bayerische Notpolizei eingeschliedert worden? In Bayern haben sich zwar in den letzten Jahren Zustände herausgebildet, die dieses Land auf der zivilisatorischen Stufe